

MÜRZZUSCHLAG HEUTE MORGEN

Informationsblatt der
KPO Mürzzuschlag



Eine ganz wichtige Stimme in der Stadt

DER PRIVATISIERUNGSWAHN GEHT WEITER:

Regierung will 60.000 Wohnun- gen verkaufen

In Mürzzuschlag gibt es zahlreiche Wohnungen, die im Besitz von bundeseigenen gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften sind. Das sind zum Beispiel die Wohnungen der Eisenbahnersiedlungsgesellschaft oder die BUWOG-Wohnungen. In diesen Tagen erreichte uns eine Meldung, die jeden Mieter aufschrecken muss: Die Regierung plant in den nächsten 2 Jahren den Verkauf der Wohnungsgesellschaften des Bundes. Betroffen wären rund 60.000 Wohnungen der WAG, BUWOG, BWS, ESG, EGAM und Bundesbahn-Wohnungen. Die Regierung will durch den Verkauf durchschnittlich 500.000 Schilling pro Wohnung, in Summe also 30 Milliarden Schilling hereinbringen.

Gesetzesänderung geplant

Um diese Summe erzielen zu können, muss das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz (WGG) entscheidend verschlechtert werden. Nach den geltenden Bestimmungen des WGG ist ein Verkauf nur zum Wert des Stammkapitals bzw. zu einem niedrigen Buchwert der Wohnungen möglich. Erlöse müssen im Unternehmen bleiben, die Festsetzung der Mieten erfolgt nach dem Kostendeckungsprinzip. Um einen Verkaufserlös von 30 Milliarden Schilling zu erzielen, plant die Regierung



daher eine Änderung der Bestimmungen um einen Verkauf zum Verkehrswert zu ermöglichen. „Die Presse“ spekuliert sogar mit einer möglichen Aufhebung der Mietpreisbeschränkungen, um den Käufern „eine attraktive Rendite“, sprich höhere Mieten, anbieten zu können.

Die Wohnung wird endgültig zur Ware

Als Käufer kommen vor allem kapitalkräftige Immobilienhaie und geldanlagesuchende Banken und Versicherungen in Frage. Diese kaufen wohl nur dann, wenn sie einen kräftigen Gewinn aus diesen Wohnungen erwarten können. Im Klartext würde das für die Mieter eine massive Verteuerung bedeuten. Aus den Wohnungen würden dann endgül-

KPO

**AUF
KEINEN
MENSCHEN
VERGESSEN!**



Lieber gleich **KPO** wählen!

AUS DEM GEMEINDE- RAT

ÖVP-Überfall

Die erste „Arbeitssitzung“ des neuen Gemeinderats fand am 26. Juni statt. „Überfallsartig“ stellte die ÖVP-Fraktion gleich 4 Dringlichkeitsanträge – womit sie aber den mehr oder weniger gerechtfertigten Ansinnen keinen großen Dienst erwies. Keiner der Anträge wurde in die Tagesordnung aufgenommen und somit vielmehr abge- als behandelt.

Der Mürzer VP daraufhin „populistischen Aktionismus“ vorzuwerfen wäre vielleicht ungerecht. Bessere Vorbereitungsarbeit, so z.B. eine vorausseilende Information, um anderen Fraktionen Gelegenheit zum Kennenlernen und zur Diskussion zu geben, hätte den einen oder anderen Dringlichkeitsantrag sicherlich zu mehr Bedeutung – wenn nicht gar zur Beschlußfassung – verholfen...

Der erste Antrag betraf die Tourismusförderung – die Gemeinde sollte die Hälfte der Kosten für die Errichtung von Fremdenzimmern übernehmen – wurde an den zuständigen Ausschuss weitergeleitet.

Sportkonzept

beteuerte daraufhin, ein solches auch noch nie gesehen zu haben. Allerdings wird er versuchen, den Geschäftsführer der Errichter- und Betreibergesellschaft, Robert Lotter, dafür zu gewinnen – dieses Projekt dem Gemeinderat vorzustellen.

Franz Rosenblattl: „Es geht mir in erster Linie darum, dass die Au auch im Bereich der Eisenbahnbrücke, als Naherholungs-, Sport- und Freizeitgelände erhalten wird und der Zugang zur Mürz nicht eingeschränkt wird!“

Der zweite Antrag betraf die Sportanlage. Die VP fordert darin die Erstellung eines Konzeptes zum Ausbau der Sportstätten und eine rasche Umsetzung. Durch diesen Antrag fühlten sich die „Sportverantwortlichen“ sofort ins Eck gedrängt und reagierten mit einer Aufzählung von „Geschehenem“, ohne tatsächlich auf den berechtigten Inhalt des Antrages einzugehen. GR Rosenblattl versuchte daraufhin mit seiner Wortmeldung die Problematik „Sportanlagen“ aus der parteipolitischen Diskussion herauszuführen und schlug vor, einem produktiv arbeitenden Sportausschuss mit dem Antrag zu beschäftigen. VP GR Schober stellte daraufhin einen Änderungsantrag auf Zuweisung zum Sportausschuss, welcher dann auch einstimmig angenommen wurde.

Im nächsten Dringlichkeitsantrag versuchte die VP dem Fachärztemangel mit einer Erhöhung der Subvention für Arztpraxen (auf bis zu einer Million Schilling) Herr zu werden. Im letzten Antrag forderte die ÖVP eine 20% Subvention für die Errichtung von Hofzufahrten der

zwei Wasserkraftwerke zu betreiben. GR Franz Rosenblattl stellte an den Bürgermeister eine Reihe von Anfragen, so zum Beispiel, wie weit dieses Projekt das Mürzer Naherholungsgebiet verändern bzw. beeinträchtigen würde. Bgm Kranner antwortete darauf, dass alle wasser- und naturschutzrechtlichen Bewilligungen vorliegen und die Gemeinde Mürzzuschlag aber für dieses Bauvorhaben nicht zuständig sei.

Der KPÖ-Gemeinderat fragte weiter, ob es kein Modell, keine Grafik oder ähnliches gibt, damit sich jede/r ein Bild Ausmaß der Veränderungen machen könne. Bgm Kranner

Völlig daneben...

...sind die Förderungsrichtlinien der Gemeinde bei den Schulveranstaltungen. Durch die relativ teuren Schi- und Schwimmkurse, Landschulwochen und ähnlichem werden die Familien in nicht geringem Ausmaß belastet. Genau hier sollte die, als Unterstützung für sozial schwächere Familien gedachte, Förderung ansetzen. Allerdings



Landwirtschaftlichen Betriebe. Auch diese beiden Anträge wurden nicht in die Tagesordnung aufgenommen.

Bauarbeiten in der Au

Im Frühjahr begannen an der ehemaligen Wehranlage in der Au die ersten Arbeiten für eine Stauwand. Diese wird benötigt, um

sind die Förderungsrichtlinien so erstellt, daß diese Mittel nur in den wenigsten Ausnahmefällen ausbezahlt werden. So sind zum Beispiel Familien mit mehr Kindern schon nicht mehr „förderungswürdig“, da die Kinderbeihilfe dem Haushaltseinkommen dazugerechnet wird – und dieses dann den Grenzbetrag natürlich übersteigt.

Auf diesen Missstand wies KP GR Rosenblattl in der Fragestunde hin und forderte zugleich die Änderung der Förderungsrichtlinien. Die zuständige Stadträtin Ingrid Prenner bestätigte die Kritik und sicherte zu, dass sich im Herbst der Sozialausschuss mit diesem Problem beschäftigen wird.

AUS DEM GEMEINDE- RAT

Einwände der Anrainer abge- wiesen!

Die Firma Baumax plant in Hönigsberg ihr Verkaufsareal zu vergrößern. Allerdings ist dazu eine Umwidmung des Geländes notwendig. Bei einem solchen Verfahren haben die Anrainer Gelegenheit Einwände zu erheben.

Und es gab deren mehrere. Konkret soll die Überdachung des „Gartenbereichs“ durchgeführt und eine LKW-Zufahrt (entlang der Rihagasse) errichtet werden. Weiters beabsichtigt Baumax einen Neubau der Ver- bzw. Beladeeinrichtung sowie die Errichtung einer neuen Schleifhalle. Die Expansion der Firma Baumax bringt sicherlich Vorteile für die Gemeinde (Steueraufkommen) und vielleicht werden sogar Arbeitsplätze geschaffen.

Allerdings gab es auch Einwendungen von Seiten der betroffenen Anrainer, die durchaus ihre Berechtigung hatten. So wird durch die geplante Zufahrtsstraße die Belästigung durch LKW- Züge im Bereich Rihagasse zunehmen. Eine geplante Lärmschutzwand würde zwar den Lärm etwas eindämmen, die Geruchsbelästigung wird aber nicht geringer – dies trifft aber bei der Aussicht mit Sicherheit zu... Auf die Frage von GR Rosenblattl, ob und was in der Schleifhalle produziert werden soll, konnte Bgm Kranner keine zufriedenstellende Antwort geben. Diese Tatsache führte letztendlich (auch mit anderen Bedenken) dazu, daß die Einsprüche der Anrainer durch die Gemeinderäte Zwerschitz und Rosenblattl unterstützt wurden... Was trotzdem am Abstimmungsverhalten der anderen Fraktionen nichts ändern konnte.

Die Einwände der Nachbarn wurden mit den Stimmen der anderen Fraktionen zurückgewiesen.

Lärmschutzwände...

...könnten im nächsten Jahr entlang der Bahnanlagen errichtet werden. Diese leider „nur“ einmalige Gelegenheit für die Gemeinde ergab sich nun und zwang die Gemeindevertretung zum raschen Handeln. Natürlich könne die Gemeinde auch später einmal diese Maßnahmen anordnen – nur Geld gibts dann keines mehr – und die Gesamtkosten von 36 Millionen Schilling wären sicherlich für die Stadt nicht finanzierbar. Aber genau jetzt wäre der Bund bereit, die Hälfte der Kosten für die Errichtung dieser Lärmschutzmaßnahmen zu tragen. Allerdings auch nur dann, wenn ihrerseits Land und Gemeinde

Alternative zu dieser Investition, da ein Verschleppen der (Gemeinde) Zusage gleichbedeutend mit einer Absage wäre. Daher muss dieses Angebot angenommen werden – auch wenn es uns momentan nicht passt. Den vielen betroffenen Anrainern wird's weniger ausmachen als den Finanzverantwortlichen der Gemeinde.

Stiefkind Ziegenburg

Ein Haar in der Suppe fand GR Rosenblattl: „Die Ziegenburg, eine der Wohnsiedlungen, die am



sich die zweite Hälfte teilen. Dieser „kleine“ Teil macht auch immerhin 9 Millionen Schilling aus und müsste von der Gemeinde in den nächsten 2 Jahren aufgebracht werden. Wer mit der finanziellen Lage unserer Gemeinde vertraut ist, weiß aber, welcher Brocken dabei zu schlucken ist. Laut Bgm Kranner besteht trotz der angespannten Finanzlage keine

meisten vom Bahnlärm betroffen ist, bleibt bei der Planung vorläufig unberücksichtigt! Dies ist völlig unverständlich. Man glaubt, dass die Züge direkt durch die Wohnung fahren. Die Einbeziehung der Ziegenburg in die Planung wäre nicht nur wünschenswert – sie ist notwendig!“

AUS DEM GEMEINDE- RAT

Rekordverdächtig: 1. Wechsel im Gemeinderat

Bei der Gemeinderatssitzung vom 26. September gab es den ersten personellen Wechsel im Gemeinderat. Dr. Erwin Holzer, „der Quereinsteiger des Jahres“ schlechthin, wechselte Babara Zwerschitz bei den Grünen ab. Ansonsten stand diese Sitzung im Zeichen der Angriffe auf unser Krankenhaus.

LKH Müzzzuschlag vor Schließung?

Im Auftrag der Bundesregierung wurde ein österreichischer Krankenanstaltsplan erstellt und vor kurzem der „Öffentlichkeit“ präsentiert.

In diesem Plan kommt das LKH Müzzzuschlag als Standort für ein Akutkrankenhaus nicht mehr in Betracht. Nach dem Bekanntwerden dieser Absicht, vermisste Dr. Helmut Amsüss, der Primar des LKH Müzzzuschlag, eine Stellungnahme des Bürgermeisters bzw. der Gemeinde zu den Schließungsplänen. Dies war der Anlaß für ein Schreiben an den Bürgermeister, indem er der Gemein-

und Protestnoten wurden eigentlich zum Thema Krankenhaus verfasst? Sie landeten alle in den Papierkörben der zuständigen (SP) Landesräte, der (SP) Spitalsmanager und der

Gemeinderatsfraktion eingebrachte Resolution gegen die Schließung des LKH- eher den Charakter einer „landtagswahltaktischen“ Aktion. Trotzdem wurde dieser Antrag von allen Fraktionen angenommen (no,na).

GR Rosenblattl wies in seiner Stellungnahme darauf hin: „Jede/r hier Anwesende weiß genau, dass Resolutionen nicht einmal das Papier wert sind, auf dem sie verfasst wurden! Wir müssten unsere Anliegen mit wesentlich mehr Druck vorbringen! Hier gilt es Überlegungen anzustellen, was man dieser rigorosen Sparwut entgegensetzt“.



de mangelnde Unterstützung und Desinteresse im Kampf gegen die beabsichtigte Liquidierung des Krankenhauses vorwarf. Weiters wies der Primar auf die gesundheitspolitischen Folgen dieser Maßnahmen genauso hin, wie auf den drohenden Verlust vieler Arbeitsplätze für unsere Region.

Bgm Kranner gelang es in seiner Rechtfertigungsrede nicht wirklich, die Vorwürfe des Primarius haltbar zu entkräften. Zu oft haben in der Frage des Krankenhauses Müzzzuschlag die Bundes- und (vor allem) Landes- und Gemeindepolitik versagt. Von der Schließung der Kinderstation, der Gebärstation bis hin zur Verlegung des Herz- Kreislaufzentrums gibt es genügend Beispiele, wie unterschiedlichste Initiativen und Aktivitäten im Sand verliefen. Wieviele Resolutionen

zuständigen (SP-) Minister.

Unter diesen Gesichtspunkten betrachtet hat die von der SP-

Doppelte Zinsen für neue Bauspa-

vom 18.9. - 31.10. 2000

SPARKASSE

Müzzzuschlag



AUS DEM GEMEINDE- RAT

Finanzamt Mürz- zuschlag ebenfalls von Schließung be- droht

Ein weiteres Zeichen der blau-schwarzen Sparwut setzt die Regierung mit der Zusammenlegung von Finanzämtern. Ein „Opfer“ von insgesamt 20 steirischen Finanzämtern, die dran glauben müssen, ist das Mürzzuschlager. Nachdem schon die Leitung nach Bruck verlegt wurde, soll jetzt auch noch der Rest weg. Das diese Absicht nichts mit Bürgerservice oder Ähnlichem zu vereinbaren ist, liegt auf der Hand. Genauso wenig wie



die fehlenden Arbeitsplätze für die Region, zählt für die Zusperrer der Kundendienst.

Hier haben wir nichts zu erwarten. Auf Grund dieses Liquidierungsprogramms verfasste die SP-Gemeinderatsfraktion eine zweite Resolution, die natürlich genauso wie die „Spitalsresolution“ einstimmig verabschiedet wurde – ganz gemäß dem Motto: Wenn's schon nix hilft, so schadet's auch nix!

Volkshausplatz bleibt Park-

Der Volkshausplatz verkommt immer mehr zum Parkplatz Mürzzuschlags. Was einst als Provisorium nur während der Umbauzeit gelten sollte (der ganze Hammerpark ist ja bekanntlich Fußgängerzone) stellt sich schön langsam als eine Dau-

Grün-GR Dr. Holzer schloss sich der Ablehnung an.



ereinrichtung heraus. Mittlerweile ist das Parkhaus (recht oder schlecht) in Betrieb gegangen, ohne nur annähernd einen wünschenswerten Auslastungsgrad zu erzielen. Nur die Ersatzlösung mit den Autos am Hammerpark bleibt.

Natürlich entspricht der Hammerpark nicht den Vorstellungen eines blühenden Hauptplatzes – hier gibt es schon einige brauchbare Überlegungen – aber als Autoabstellfläche müsste er uns zu schade sein.

Natürlich war er in seiner früheren Verwendung als Fun-Park für die Jugend kein Frequenzbringer für die Mürzzuschlager Geschäftswelt – aber die Bedürfnisse der Menschen widersprechen, wie man sieht, doch manchmal den kommerziellen Interessen.

Und zuletzt ist ein „bewirtschafteter“ Parkplatz für die Gemeinde lukrativer als ein Kosten verursachender Volkshausplatz.

Diese Gründe veranlassten GR Rosenblattl, gegen die weitere zeitliche Ausdehnung zu stimmen.

Mürzer Stammtisch



„Host schon ghert?
Die Greanan hob'n glei noch
Beginn schon an austausch
durchghiat!“

„A do schau her,
woas a vaetzung oda vielleicht
die schlechte Kondi, oda epa goa
a Vareinswechsel?“

„A geh, es geht's jo net um
die Wiana Rapidla – die Miaza
Greanan hobn si a Auffrischung
genemigt!“

CHRONIK

MHM SCHRIEB...

**...VOR
25 JAHREN**

Notstandsgebiet

Die Gemeindehäuser in der Wienerstraße Nr. 97 bis 105 haben 30 Jahre nach dem 2. Weltkrieg noch immer keine asphaltierten Zufahrtswege und Vorplätze. Besonders erschreckend ist dies im Frühjahr und Herbst oder bei Regenwetter. Die Erde ist aufgeweicht, die großen Wasserlachen vor den Eingangstüren verlangen von den Bewohnern Kunststücke und Akrobatik bis sie in den Hausflur gelangen. Diese Bewohner haben das Pech, daß kein Bundesrat oder Bürgermeister dort wohnt, es würden dann diese Vorplätze bestimmt in bester Ordnung sein. So müssen sich diese Leute mit einem Notstandsgebiet zufrieden geben.

Die Bewohner seien selbst schuld, heißt es, denn sie wollten angeblich nicht die Kosten tragen. Hätten sie für die Garagenbauten vor den Häusern gestimmt, wäre auch der Vorplatz asphaltiert. Warum hat die Gemeinde bei den übrigen Gemeindehäusern die Vorplätze und die Zugänge mit einer Asphaltdecke überzogen?

Vielleicht gelingt es in den nächsten 30 Jahren diese Plätze zu sanieren, aber ohne die Kosten den Bewohnern anzulasten!

**...VOR
20 JAHREN**

Hönigsberger Parkprobleme

Eine längere Diskussion entfaltete in der Gemeinderatssitzung die Berichterstattung von Hönigsberger Gemeinderäten über das Parkproblem und von der Gemeinde verfügte Strafmandate an die dortigen „Parksünder“. Mit wenigen Ausnahmen wurde bei der Anlegung der Straßen auf die Errichtung von Gehsteigen vergessen. Wegen Mangel an Parkplätzen parken nun PKW-Besitzer auf beiden Seiten der Straßen, was für Fußgänger und Autofahrer immer problematischer wird. Das „Auge des Gesetzes“ glaubte nun, diesen Zustand durch Strafmandate beseitigen zu können.

**...VOR
15 JAHREN**

Straßenzustände

In einem fürchterlichen Zustand befindet sich die Straße von der Grazerstraße bis zur Ziegenburg. Abgesehen von der Unfallgefahr, bei Benützung eines Fahrzeuges, bilden sich nach Gewittern regelgerechte „Seen“ auf der Straße. Dabei muß man sich als Fußgänger an seine Kindheit zurück erinnern – an das „Tempelhüpfen“. Wenn man das beherrscht, hat man Aussicht doch noch nach

Hause zu kommen. Vor der Gemeinderatswahl haben die Herren Gemeinderäte sich sehr wohl um uns gekümmert und uns in unseren Wohnungen aufgesucht. Es würde uns freuen, wenn sich die Gemeinderäte nach einem „Wetter“ zu uns runter trauen würden. Wir jedenfalls hätten warme Socken, heißen Tee und eine Wärmeflasche für sie

**...VOR
10 JAHREN**

Aufbruchstimmung bei Phönix?

Ziemlich umgekrempt wurde die Führung des traditionellen Fußballklubs Phönix. Mit dem neuen Sektionsleiter Conny Schnabl, dem neuen Trainer Hans Knapp und dem wiederhergestellten „Rekordregionalen“ Fritz Dörner will man den Verein wieder steigen lassen. Hoffentlich kommt diese „Hönigsberger Renaissance“ nicht zu spät. Schon viel früher hätte man solch anerkannte Vorbilder als Funktionäre einsetzen sollen. Wir wünschen dem Verein Phönix auf alle Fälle viel Erfolg auf seinem „bodenständigen“ Weg.

**...VOR
5 JAHREN**

Bürgermeisterpension abschaffen!

„Eine Reform der Politikerbezüge muß die Bür-

germeistergehälter einschließen und ist ohne die Abschaffung der Zweitpension für Bürgermeister nur als scheinheilig zu bezeichnen.“ Das stellte der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz Stephan Parteder dieser Tage fest. Während die gewöhnlichen Pensionisten in unserem Land unter dem Belastungspaket zu leiden haben, könnensich Bürgermeister weiterhin auf eine saftige Zweitpension aus Steuermitteln freuen. Dieses Privileg wurde bisher nicht ange-tastet. Die KPÖ verfolgt die bisherige Diskussion zwischen Flecker, Schützenhofer und den anderen Helden des Sparens auf Kosten der anderen nicht ohne Schadenfreude. Hier beschädigen genau jene Kräfte, die den arbeitenden Menschen eine Sozialleistung nach der anderen wegnehmen, das Ansehen der herrschenden Politik ganz ohne Zutun der Opposition. Sie stärken – ohne es zu wollen – dem Widerstand gegen das Belastungspaket den Rücken.

Impressum:

Verleger und Herausgeber:

K P Ö - M ü r z z u -
schlag, Wienerstraße
148, 8680 Mürzzu-
schlag, Tel. 03852/24
53; Fax. 03852/2453.
Druck: Hausdruckerei

www.kpoe.at

email:
KPOe.Mz@i-one.at
oder f.rosenblattl@
nexta.at

Landtagswahl 2000

KPÖ: Gute Arbeit, Klare Ziele und vernünftige Vorschläge

- Zuzahlungsmodell für Wohnungen. Die **Wohnkosten** dürfen ein Drittel des Familieneinkommens nicht überschreiten.
- Abschaffung der Mehrwertsteuer auf **Mieten**, statt Erhöhung auf 20 Prozent, die durch die EU droht.
- Schaffung von überbetrieblichen **Lehrwerkstätten** in den steirischen Regionen!
- Soziale, wirtschaftliche und politische **Gleichstellung** der Frauen
- Tarif- und **Gebührenstopp** in den Gemeinden!
- Der Ausnahmeentfall der Gemeinden durch neue Bundesgesetze ist durch die ersatzlose Streichung der **Landesumlage** wettzumachen.
- Schluss mit allen **Politikerprivilegien!** Koppelung der Politikerbezüge an ein noch zu schaffendes gesetzliches Mindesteinkommen; z.B. 15.000S im Monat. Der höchste Politikerbezug (Bundespräsident, Bundeskanzler) darf das Zehnfache dieses Mindestlohnes nicht überschreiten!
- **Mindestlohn** von 15.000.-Schilling, Grundversicherung durch garantierte existenzsichernde Mindesteinkommen bei Arbeitslosigkeit, in der Karenz und bei den Pensionen!
- Hände weg vom **Sozialstaat**. Sicherung des Pensionssystems auf Grundlage des Umlageverfahrens und Sicherung der Krankenversicherung

Univ.-Prof. Gombocz kandidiert für die KPÖ

Als Zeichen der Unterstützung für die gute Arbeit der KPÖ bezeichnete der Grazer Universitätsprofessor für Philosophie an der Karl Franzens-Universität, Dr. Wolfgang Gombocz, seine Kandidatur auf der Landtagsliste der steirischen KPÖ. Wolfgang Gombocz kandidiert auf der Landesliste auf Platz 5.

In einer Erklärung begründete er seine Entscheidung unter anderem wie folgt: „Ich kandidiere für die steirische KPÖ,

1 Weil die gelebte, kompetente Arbeit der KPÖ-Gemeinderäte in Graz unter Führung von Klubobfrau Elke Kahr, die nun Spitzenkandidatin für den Landtag im Wahlkreis Graz und Umgebung ist, und Stadtrat Ernest Kaltenegger erwarten lässt, dass es im Landtag zu analogen Initiativen und Erfolgen kommen würde! Was in Graz seit Jahrzehnten erfolgreich vorgeführt wird, könnte der ganzen Steiermark von Vorteil sein, zum Nutzen gereichen!

2 Weil die ebenfalls durch Jahrzehnte unter Beweis gestellte politische Verlässlichkeit der Grazer wie der Steirischen KPÖ für sozialen Wohnbau und gerechte treffsichere (ohne Anführungszeichen!) Wohnungsvergabe steht, ohne dass die KPÖ dabei auf die Forderung nach einer umverteilenden Steuerpolitik von (ganz) oben nach unten vergisst, welche für eine menschenwürdige Vorsorge für Arme, Hochbetagte, Schwache und Kleine notwendig ist.“



Univ.-Prof., der sich auch der Imkerei widmet, kandidiert für die KPÖ.

DAS „ANDERE MÜRZ-

Herta Eisler-Reich gehört zu den wenigen, die den Nazis entkommen konnte. „Zwei Tage Zeit“ ist die Schilderung dieser Flucht. Daneben handelt dieses Buch aber auch vom bescheidenen jüdischen Leben in Mürzzuschlag im 19. und 20. Jahrhundert, vom Antisemitismus, den „Arisierungen“ und der Verfolgung und Ermordung der Mürzzuschlager Juden.



Ich bestelle ... Stk. des Buches

Herta Reich: **Zwei Tage Zeit. Die Flucht einer Mürzzuschlager Jüdin 1938-1944.**

(ISBN 3-9500971-0-4) zum Preis von 130.- zuzüglich Versandkosten.

Name:.....

.....

KPO

LISTE 6

Auf keinen Menschen vergessen



ELKE KAHR
Spitzenkandidatin



Lieber gleich **KPO** wählen!

Landtagswahl 2000 • <http://www.kpoe.at> •
Tel. 0316/71 24 36 • email: kp.stmk@nexta.at